Konversion / Frieden
Rat ö 13.12.2011

Konversion Quebec-Kaserne; Kriegsgefangenenlager OFLAG VI C
Beratungsverlauf:

Herr Bajus unterbreitet namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

1. „1. Mit Bezug auf den Ratsbeschluss vom 17. Mai 2011 wiederholt der Rat seinen Wunsch nach einer wissenschaftlich-historischen Aufarbeitung der Geschichte des OFLAG VI c. Die umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung wird befürwortet und unterstützt. Ein finanzielles Engagement der Stadt Osnabrück ist in diesem Bereich jedoch ausgeschlossen.
2. Der Rat bedauert, dass es bislang noch nicht gelungen ist zu klären, wie und ob eine Erinnerungsarbeit konzeptionell geleistet werden kann. Er unterstützt grundsätzlich die weitere Konzepterstellung. Die Erinnerungsarbeit wird befürwortet und es können projektbezogene Fördermittel bei der Kulturverwaltung beantragt werden.
3. Eine institutionelle Förderung der Erinnerungsarbeit des Vereins Antikriegsbaracke Atter-Osnabrück e. V. durch die Stadt Osnabrück ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.
4. Um eine angemessene zukünftige Nutzung der betroffenen Kasernenteile für die Erinnerungsarbeit angesichts des jetzigen Bearbeitungsstandes nicht zu behindern, zugleich aber eine wirtschaftliche Nutzung der übrigen Kasernenteile zu ermöglichen, soll die Verwaltung mit der BIMA darüber ins Gespräch kommen, inwieweit die Baracke 35 sowie die von der BIMA zum Zweck der Erinnerungsarbeit offerierte Umgriffsfläche von 2.000 qm aus der Vermarktung genommen werden kann, um die Optionen der wissenschaftlich-historischen Aufarbeitung zu prüfen und ggf. Perspektiven sowie das Konzept der Erinnerungsarbeit zu erarbeiten. Hierfür wird ein Zeitraum von 24 Monaten vorgeschlagen.“

Er verweist auf die Dynamik des Konversionsprozesses, in dessen Verlauf zunächst die besonderen Aspekte des Kriegsgefangenenlagers auf dem Gelände der früheren Quebec-Kaserne nicht beachtet wurden. Im Rat seien die geschichtlichen Besonderheiten erst im Jahr 2011 bekannt geworden. Daraufhin habe der Rat Arbeitsaufträge erteilt. Da es bisher nicht gelungen sei zu klären, wie und ob eine Erinnerungsarbeit konzeptionell geleistet werden kann, sei eine umfassende Entscheidung nicht möglich. Er verweist auf den bestehenden Verwertungsdruck für die Grundstücke, der einerseits durch die BIMA und andererseits durch die Stadt Osnabrück bestehe. Gleichzeitig dürfe die Verantwortung gegenüber der eigenen Vergangenheit nicht vernachlässigt werden. Für die notwendige historische Betrachtungsweise sei das zurückliegende Jahr sehr kurz bemessen gewesen. Er spricht sich daher dafür aus, hierfür einen längeren Zeitraum zur Verfügung zu stellen. Unverständlich sei für ihn, warum die Verwaltung zum heutigen Zeitpunkt auf einer Entscheidung bestehe. Er verweist darauf, dass es sich bei dem vorliegenden Beschlussvorschlag um einen Kompromiss handele.

Herr Sommer nimmt namens der SPD-Fraktion Stellung. Er verweist darauf, dass in allen Vorlagen der Verwaltung stets von der besonderen historischen Bedeutung der betroffenen Kasernenteile die Rede sei. Er hebt den Anspruch hervor, durch die Gedenkstättenarbeit nicht nur an die historischen Ereignisse zu erinnern, sondern Besuchern Anlass zu geben, die Geschehnisse zu reflektieren. Er sieht die Idee der Initiative zum Erhalt des Kriegsgefangenenlagers, hieraus einen Lernort zu machen. Er spricht sich dafür aus, der Initiative die Chance zur Klärung der Finanzierung ihrer Arbeit und zur Entwicklung von Konzepten mit Schulen gemeinsam zu erhalten.

Herr Dr. E. h. Brickwedde stellt namens der CDU-Fraktion fest, dass für das betroffene Kriegsgefangenenlager völlig zweifelsfrei ein historisch besonderes Geschehen festzustellen sei. In Anbetracht des großen Nachholbedarfes an Forschungsarbeit sollte der hierfür erforderliche Zeitraum eingeräumt werden – u. a. sollte die Universität gebeten werden, für die wissenschaftlich-historische Aufarbeitung der Geschichte des Kriegsgefangenenlagers eine Arbeit zu vergeben. Die bestehende Initiative von Bürgern sollte unterstützt werden und in

diesem Sinne werde dem Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen seitens der CDU-Fraktion zugestimmt. Er erinnert allerdings daran, dass in einem Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister zu diesem Thema Einigkeit darüber bestanden habe, dass die Stadt Osnabrück nicht beabsichtige, Eigentümer der Baracke und der Flächen zu werden. Vielmehr solle dem bestehenden Verein Zeit gegeben werden, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln und Zuschussgeber zu motivieren, in freier Initiative einen Ort zu schaffen, an die besonderen historischen Ereignisse zu erinnern. Er vertritt die Auffassung, dass der sehr interessante historische Vorgang nicht der Vergessenheit anheim fallen sollte; andererseits müsse bedacht werden, dass Osnabrück bereits über eine größere Zahl entsprechender Erinnerungsorte verfüge – insbesondere das Felix-Nussbaum-Haus.
Herr Dr. Thiele nimmt namens der FDP-Fraktion Bezug auf die Ausführungen von Herrn Bajus und Herrn Sommer. Er erhebt es als von besonderer Bedeutung hervor, dass die Arbeit von einer privaten Initiative getragen wird, und hält den Zeitraum von zwei Jahren für ausreichend, das entsprechende Vorhaben in privater Initiative auf den Weg zu bringen. Hierbei muss die Bedeutung der bisherigen institutionell geförderten Gedenkstätten unangetastet bleiben.
Herr ter Veer spricht sich namens der Gruppe UWG/Piraten ebenfalls für die Annahme des Änderungsantrages von SPD und Grünen aus, da die Option für die wissenschaftlich-historische Aufarbeitung bestehen müsse. Er unterstützt die von Herrn Dr. E. h. Brickwedde vorgetragene Argumentation, wonach kein städtisches Interesse bestehe, das Gebäude zu übernehmen. Ferner verweist er darauf, dass in Osnabrück während der gesamten Schulzeit ein eindringliches Bild des Nationalsozialismus in Osnabrück vermittelt werde. Trotz der eindringlichen Warnung vor einer Wiederholung der geschichtlichen Ereignisse sieht er die Gefahr, durch ein zu großes Maß an geschichtlicher Mahnung für junge Leute eine Atmosphäre der Schuld zu erzeugen. Er regt Überlegungen an, verstärkt in Bildungsprojekte zu investieren.
Herr Cheeseman stellt dem gegenüber namens der Fraktion Die Linke dar, dass keinesfalls über Schuld, sondern über Verpflichtung gesprochen werde. Er kritisiert das Vorgehen der BIMA, die die historischen Aspekte nicht genügend beachte. Er fordert nachdrücklich dazu auf, dass sich die Verwaltung in dem vorliegenden Fall aktiv verhalten müsse. Er bedauert, dass es aus haushaltsrechtlichen Gründen wohl nicht möglich werde, dass die Stadt sich finanziell engagiere.
Frau Jabs-Kiesler verweist darauf, dass Osnabrück die Erinnerungskultur als wichtigen Baustein der Friedensarbeit sehe. Sie erinnert an die Anfänge Mitte der achtziger Jahre, in denen gerade bürgerschaftliches Engagement auf verschiedenen Ebenen dazu geführt habe, dass sich die fünf Vereine gebildet haben. Der einmalige historische Vorgang auf dem ehemaligen Kriegsgefangenenlager müsse dennoch weiter aufgearbeitet werden, Sie ruft dazu auf mit dazu beizutragen, dass der in Eversburg bestehende Verein zu einem Erfolg kommen könne. Sie bedauert die Überbetonung des Themas Schuld im Geschichtsunterricht, wie von Herrn ter Veer für die Osnabrücker Jugend geschildert. Vielmehr gehe es in der Friedensarbeit der Stadt Osnabrück darum, Vorgänge wie den Nationalsozialismus nie wieder geschehen zu lassen.
Frau Neumann begrüßt namens der CDU-Fraktion, dass in vielen Punkten der Diskussion Übereinstimmung bestehe. Die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des OFLAG werde heute in den Konsens der Friedenskulturarbeit der Stadt Osnabrück gestellt. Sie sieht die Notwendigkeit, Ort und Form des Gedenkens im Hinblick auf die Einbettung in die Stadtgeschichte und die bestehende Erinnerungsarbeit zu hinterfragen. An die Initiative richte sich die Frage, wieweit die Qualität des Konzeptes der künftigen Erinnerungsarbeit an den Ort der Geschehnisse gebunden sei.

Abweichende Beschluss gem. Änderungsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen:

1. Mit Bezug auf den Ratsbeschluss vom 17. Mai 2011 wiederholt der Rat seinen Wunsch nach einer wissenschaftlich-historischen Aufarbeitung der Geschichte des OFLAG VI c. Die umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung wird befürwortet und unterstützt. Ein finanzielles Engagement der Stadt Osnabrück ist in diesem Bereich jedoch ausgeschlossen.

2. Der Rat bedauert, dass es bislang noch nicht gelungen ist zu klären, wie und ob eine Erinnerungsarbeit konzeptionell geleistet werden kann. Er unterstützt grundsätzlich die weitere Konzepterstellung. Die Erinnerungsarbeit wird befürwortet und es können projektbezogene Fördermittel bei der Kulturverwaltung beantragt werden.
3. Eine institutionelle Förderung der Erinnerungsarbeit des Vereins Antikriegsbaracke Atter-Osnabrück e. V. durch die Stadt Osnabrück ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.
4. Um eine angemessene zukünftige Nutzung der betroffenen Kasernenteile für die Erinnerungsarbeit angesichts des jetzigen Bearbeitungsstandes nicht zu behindern, zugleich aber eine wirtschaftliche Nutzung der übrigen Kasernenteile zu ermöglichen, soll die Verwaltung mit der BIMA darüber ins Gespräch kommen, inwieweit die Baracke 35 sowie die von der BIMA zum Zweck der Erinnerungsarbeit offerierte Umgriffsfläche von 2.000 qm aus der Vermarktung genommen werden kann, um die Optionen der wissenschaftlich-historischen Aufarbeitung zu prüfen und ggf. Perspektiven sowie das Konzept der Erinnerungsarbeit zu erarbeiten. Hierfür wird ein Zeitraum von 24 Monaten vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.